



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

15. März 2023, 16:40 Uhr bis 18:30 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Rolf Doll (VdK).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und teilt mit, dass TOP 5 vorgezogen wird.

TOP 5 Hitzeaktionsplan Karlsruhe (Projekt „Plan °C“) - Vorlage -

Frau Dr. Hackenbruch (UA): Der Titel steht auf der Vorlage, und das Projekt heißt für Karlsruhe „Plan °C“. Grad Celsius steht für Hitze und hohe Temperatur. 2018 wurde der Austausch mit Nancy an uns herangetragen, seither war das Ziel, Projektmittel sowie eine Projektstelle zu erlangen. In Frankreich ist das Thema bereits seit vielen Jahren etabliert. Es wurden Fördergelder für ein gemeinschaftliches Projekt mit Düsseldorf bewilligt, um Hitzepläne für die jeweiligen Städte zu erstellen. Hierbei soll definiert werden, welcher Maßnahmen es vor und während Hitzewellen bedarf, wer zuständig ist, wann diese Maßnahmen ausgelöst werden und generell wie wir uns auf mehr Hitze in Karlsruhe einstellen. Wichtig ist hierbei die Kooperation mit Frankreich, mit Nancy und Straßburg. Ferner besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbereichen in Karlsruhe und in Düsseldorf sowie mit den Landesgesundheitsämtern beider Bundesländer. Ziel sind konkrete Maßnahmenblätter, aus denen hervorgeht, wer macht was, wenn bei einer bestimmten Anzahl von Tagen, festgelegte Temperaturen überschritten werden. Es ist vorgesehen die Gesundheitskonferenz Karlsruhe einzubinden und den Stadtseniorenrat sowie den Beirat für Menschen mit Behinderungen anzusprechen. Im Arbeitsausschuss Ältere Generation wird berichtet werden. Ferner erfolgten bereits Einladungen von den Bürgervereinen. Seit Februar 2023 ist eine vom Bund geförderte Projektstelle besetzt.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) betritt die Sitzung.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Das Thema geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück, warum hat es so lange gedauert, bis etwas umgesetzt wurde? Erste Erfolge werden hoffentlich vor Ende der Laufzeit 2025 erzielt.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Es ist gut, dass mit Düsseldorf eine Zusammenarbeit erfolgt, damit das Thema breit aufgestellt wird und ein Austausch stattfindet, um voneinander zu lernen. Was hat tatsächlich bereits ab Februar begonnen? Die Einbindung des Seniorenbüros ist wichtig, da diese Personengruppe besonders von Hitze betroffen ist.

Herr Stadtrat Jooß (FW/FÜR): Wer hat initiiert, dass Karlsruhe und Düsseldorf für dieses Programm zusammenkommen? Werden die Fördergelder geteilt, wenn mehrere Städte beteiligt sind?

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Handelt es sich bei der befristeten Stelle um eine neue Einstellung oder um eine Umbesetzung?

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Es gibt verschiedene prekäre Gruppen, wie werden diese berücksichtigt?

Frau Dr. Hackenbruch (UA): Der SPD-Antrag entstand im Nachgang mit dem Austausch mit Nancy, seither wird versucht das Thema anzugehen. Vor zweieinhalb Jahren wurde der Projektantrag gestellt. Die Begutachtung beim Bund hat 2 Jahre in einem mehrstufigen Verfahren, gedauert. Auch wir hoffen, dass bis 2025 Maßnahmen schon umgesetzt werden, die neu erarbeitet werden. Es gibt bereits einen digitalen „Stadtplan für heiße Tage“ und demnächst auch als Faltplan, der beispielsweise zeigt, wo es an heißen Tagen noch kühl ist, wo es öffentliche Trinkwasserbrunnen gibt. Ferner gibt es auch schon Trinkpatenvorträge. Offiziell hat das Projekt im November 2022 angefangen. Die Projektstelle wurde zum Februar 2023 besetzt. Im März 2023 ist ein verwaltungsinternes Treffen anberaumt, auch für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt sowie mit der Brandschutzdirektion. Dazu gehört auch die Sozial- und Jugendbehörde mit dem Seniorenbüro ebenso wie die Quartiersmanager*innen, um zu erfahren, was für Probleme es in den Stadtteilen gibt. Die Zusammenarbeit mit Düsseldorf wurde von mir initiiert, weil das Deutsche Institut für Urbanistik uns bei einer Veranstaltung zusammengebracht hat und festgestellt wurde, dass beide Städte ähnlich weit in der Entwicklung waren. Das Geld muss geteilt werden, da es ein Verbundprojekt ist. Insgesamt 300.000 Euro Förderung vom Bund, also pro Projektpartner (Deutsches Institut für Urbanistik, Stadt Düsseldorf, Stadt Karlsruhe) 100.000 Euro. In Karlsruhe wird größtenteils die Projektstelle damit finanziert, die auf 3 Jahre befristet und mit E12 besoldet ist. Hierfür wurde eine neue Person eingestellt.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Der Vorsitzende: Zurück zu TOP 1.

TOP 1 Qualitative Befragung von Alleinerziehenden
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Hammer-Langrock (AfSta).

Frau Heibrock (SJB): Es ist Konsens eines jeden Armutsberichtes oder Studie, dass kinderreiche, insbesondere Alleinerziehende als besonders von Armut betroffen gelten. Die Qualitative Befragung von Alleinerziehenden gibt Einblicke in deren Lebenslagen in Karlsruhe, in Strategien der Alltagsbewältigung sowie über deren Kenntnisse und Nutzung der vorhandenen sozialen Infrastruktur. Ein Fazit ist, dass kein Haushalt mit dem anderen vergleichbar ist. Die Lebenslagen Alleinerziehender sind durch verschiedene Faktoren sehr vielfältig. Bei aller Vielfalt gibt es jedoch drei Faktoren, die diese Gruppe eint:

Mangelnder Zeitfaktor: alles alleine stemmen, Haushalt, Job, Kinder, aber auch eigenen Bedürfnissen wie Freizeit nachzukommen.

Knappe finanzielle Ressourcen: Ein geringeres Einkommen und die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Betreuungssituation der Kinder: Stark verknüpft mit der finanziellen Frage ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Die Betreuungssituation für die Kinder ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Positiv ist, dass die Interviewten insgesamt viele Angebote kennen und diese auch schätzen. Hürden zeigen sich zum Teil bei Öffnungszeiten oder Anmeldefristen, insbesondere für die Alleinerziehenden, die einer Arbeit in Vollzeit oder Schichtarbeit nachgehen. Vorschläge der Befragten zum Ausbau der Angebote sind zum Beispiel der Ausbau der Wochenend- und Ferienbetreuung sowie digitale Zugänge zu Angeboten unabhängig von Öffnungszeiten. Allgemein zur Information, die Strategie des Europäische Sozialfond (ESF) hat Maßnahmen für (Allein-)Erziehende im Fokus.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Es wurden relevante Ergebnisse aus der Umfrage dargelegt. Aufgefallen ist die hohe Konzentration von Alleinerziehenden in der Innenstadt sowie den Stadtteilen Oberreut, Oststadt und Mühlburg. Interessant war, der niedrigste Anteil ist in den Höhenstadtteilen. Trotz der vielfältigen Belastungen sind die Befragten im Großen und Ganzen recht zufrieden. Die Belastungssituation ist natürlich insbesondere auf den finanziellen Druck zurückzuführen. Grund hierfür ist die eingeschränkte Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit durch den erhöhten Betreuungsbedarf, die meisten arbeiten in Teilzeit. Die Öffnungszeiten der Kitas lassen sich schlecht mit den Arbeitszeiten vereinbaren, gerade in typischen Frauenberufen wie in der Pflege mit Schicht- oder Wochenenddiensten. Die Alleinerziehenden sind diesbezüglich überfordert und oftmals auf sich alleine gestellt. Auch in der aktuellen Lage, in der Kitas aufgrund des Fachkräftemangels nur eingeschränkt öffnen können, sind Alleinerziehende besonders betroffen. Die verlässliche Betreuung in Kitas und Ganztageseschulen ist die Basis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Städtische Angebote sind zwar grundsätzlich bekannt, jedoch nicht in der Vielfalt. Eine proaktivere Öffentlichkeitsarbeit über Sozialmedien und relevante Netzwerke wäre wichtig. Besonders wichtig ist, dass die Karlsruher Pässe als zentrales Unterstützungsangebot genannt wurden, die deutlich stärker von Alleinerziehenden genutzt werden.

Interessant war unter anderem der Vorschlag der Befragten, das Angebot für ältere Kinder zu erhöhen. Welche der genannten Vorschläge findet die Verwaltung sinnvoll und auch realisierbar? Wie können die Ergebnisse der Studie in eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung für Familien Eingang finden?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Dankt für die gute Aufbereitung. Es bestätigt, dass die Verwaltung viele Angebote bereits angepasst hat wie beispielsweise digitale Formate des

Kinderbüros. Es wäre gut, allen Alleinerziehenden die Karlsruher Pässe zur Verfügung stellen zu können. Eine Befragte hat gesagt, es wäre beschämend das „lapprige Papier“ vorzulegen. Könnte man es durch Scheckkartenformat ersetzen? War es ausreichend, 20 Familien zu befragen, wenn die Lebenslagen so unterschiedlich sind?

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): In den letzten 35 Jahren hat sich nicht viel geändert. Die finanziellen Hilfen sind nun neu. Bei Alleinerziehenden die voll im Beruf sind, ist die Unterbringung in der Ferienzeit ein Problem. Arbeitnehmende haben insgesamt sechs Wochen Urlaubsanspruch und allein die Sommerferien umfassen schon diesen Zeitraum. Durch den Fachkräftemangel wird die Betreuungssituation gerade für Alleinerziehende noch schwieriger. Es wäre ein Anliegen, dass dies dringend in Angriff genommen wird, damit es Unterbringungsmöglichkeiten gibt.

Frau Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Es ist tatsächlich so, dass es Alleinerziehende ungleich schwerer haben, nicht nur finanziell. Das Kernproblem, das tatsächlich alle trifft - unabhängig von der gesellschaftlichen oder finanziellen Situation, ist das Thema Betreuung, nach der Schule, nach der Kita und in den Ferien. Finanzielle Schwierigkeiten können durch Dritte (Ämter, Verwandte) aufgefangen werden, jedoch eine gute Betreuung nicht, insbesondere wenn der Umgang mit dem anderen Elternteil nicht verlässlich eingehalten wird. Ansprechstellen wären sinnvoll, beispielsweise die Familienhilfe, wenn diese ergänzend über Angebote informieren könnten.

Herr Stadtrat Kalmbach (FDP/FW/FÜR): Es war überraschend, dass die Aussagen der Befragten positiver waren als erwartet. Die Betreuungssituation ist, wie sie ist. Diese ist der zentrale Schlüssel. Die Kette der Verknüpfungen ist deutlich. Derzeit kann wenig angeboten werden, um die Situation zu ändern.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Durch die Befragung wird deutlich, wie wichtig die Soziale Quartiersarbeit ist. Könnte man hier noch Betreuungshilfen organisieren, beispielsweise bei Wochenendarbeit? Ist die Anzahl der Familienhelfer*innen ausreichend? Gibt es hier vielleicht die Möglichkeit, noch mehr Unterstützung, gerade auch kurzzeitige, zu organisieren? Geht so etwas zum Beispiel, um abends mal rauszukommen aus der Alltagssituation? Kann man Familienhelfer*innen zur Unterstützung bei der Wohnungssuche engagieren, generell bei kurzzeitigen Anliegen?

Der Vorsitzende: Nun gibt es einige Anregungen. Dies war eine weitere gute Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Stadtentwicklung, der Sozial- und Jugendbehörde und dem Dezernat 3.

Frau Dr. Hammer (AfSta): 20 Interviews ist in der Sozialforschung eine Faustformel. Die Erkenntnisse sind meistens abgeschöpft, die großen Linien lassen sich damit abzeichnen.

Frau Heibrock (SJB): Zu den Fragen zur Kinderbetreuung kann ich nichts sagen, jedoch zur Konzentration von Alleinerziehenden in den Stadtteilen. Dort wo die Kosten der Unterkunft günstig sind, ergibt sich auch eine Konzentration von Alleinerziehenden. Zum Karlsruher Pass wird Frau Kiefer im nächsten TOP Stellung beziehen.

Der Vorsitzende: Wir haben an dieser Stelle alle ein grundlegendes Thema. Es wird ein nicht öffentlicher Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss auf Antrag der SPD stattfinden, in

dem die Kinderbetreuung thematisiert wird. Familienhilfe ist Hilfe zur Erziehung und keine reine Betreuung. Der Hort als sozialpädagogische Einrichtung wird von der Mittelschicht als Betreuungseinrichtung okkupiert, obwohl dies nach dem Jugendhilfegesetz als wirklicher Unterstützungsbedarf eingerichtet wurde. Die Antwort auf die Frage, was die Verwaltung als sinnvoll erachtet lautet, dass alles als sinnvoll erachtet wird. Wir werden die Ergebnisse nochmals durchschauen, auch im Hinblick auf die heutigen Anregungen und prüfen, was bei der derzeitigen Finanzlage angeboten werden kann.

Frau Langeneckert (SJB): Wird die sozialpädagogische Familienhilfe beantragt und eingesetzt, dann wird exakt geschaut, was die Familie in der Situation konkret benötigt. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Aktivitäten, und es kann gegebenenfalls auch eine Betreuung sein, wenn es der Familie in der Situation hilft. Manchmal braucht es pragmatische Hilfen. Das Thema Kita-Betreuung wird derzeit medial sehr gut aufbereitet. Aktuell ist dies ein Problem für alle Familien und nicht nur Alleinerziehende. Ein Problem, das sich aus der Menge des verfügbaren Personals ergibt und das sich auch noch verstärken wird, da wir erst am Anfang des demographischen Wandels stehen. Die Lösung wird nicht sein, dass die Kinderbetreuung die Arbeitszeiten abdecken wird, weil es so viel Personal nicht mehr geben wird.

Frau Heibroek (SJB): Die heutigen Anregungen werden zum Runden Tisch Alleinerziehende mitgenommen und dort bearbeitet.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt die Ergebnisse der qualitativen Befragung von Alleinerziehenden in Karlsruhe 2022 zur Kenntnis.

TOP 2 Ausbau der öffentlichen Informationen zu den Angeboten des Karlsruher Passes

- Stellungnahme zum Antrag -

Der Vorsitzende gibt das Wort an die SPD-Fraktion.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Der Antrag ist mit der Stellungnahme erledigt. Wir freuen uns auf die Werbung für den Karlsruher Pass auf den Straßenbahnen. Wann ungefähr kann mit einer Realisierung gerechnet werden? Der Antrag muss mit den Ausführungen nicht mehr in den Gemeinderat.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Diesbezüglich wurden noch nicht alle Fragen beantwortet. Die Antwort des Liegenschaftsamtes bezüglich Wohngeld ging völlig an der Frage vorbei. Bei den zentralverschickten Bescheiden soll es möglich sein, diese individuell in geringem Umfang „nachzurüsten“. Ziel war es, ein Werbebanner für die Karlsruher Pässe einzufügen. Hierzu fehlen noch die Antworten des Stadtjugendausschusses, des Liegenschaftsamtes und der Wohngeldstelle.

Der Vorsitzende: Dies wird geklärt werden.

Frau Kiefer (stja): Die Antwort ist bereits geschrieben. Warum diese noch nicht vorliegt kann ich im Moment nicht beantworten. Zu dem „lapprigen Ding“: Der

Stadtjugendausschuss ist mitten im Digitalisierungsprozess der Karlsruher Pässe, damit wird sich das mit einem anderen Format erledigen. Es wird zum Jubiläum der Sozialregion bis zum 28. Juni 2023 ein Film erstellt, und die Entwürfe für die Werbung auf der Straßenbahn liegen bereits vor. Es wird noch mit den KVV abgestimmt, welche Bahnen zur Verfügung stehen werden, gut wäre die Tram 4, da diese oberirdisch verkehrt. Eine digitale Simulation der Werbung liegt bereits vor. Wir hoffen, dass wir zum Jubiläum alles fertig haben werden.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Der Antrag wird von der SPD-Fraktion als erledigt betrachtet.

TOP 3: Sachstandsbericht Ukraine

- Mündlicher Bericht -

Herr Klein (SJB): Die Zahl der geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist auch in Karlsruhe derart stark angestiegen, dass sie mittlerweile unter den Ausländer*innen in Karlsruhe die viertstärkste Bevölkerungsgruppe einnehmen. Am 24. Februar 2023 waren bereits 4.201 Personen im Fluchtcontext Ukraine bei der Ausländerbehörde registriert und an das Regierungspräsidium Karlsruhe gemeldet worden. Nach wie vor kommen im Durchschnitt pro Monat 100 Ukrainer*innen hinzu. Insgesamt stehen derzeit 3.016 Personen im Sozialleistungsbezug beim Jobcenter, dem Stadtamt Durlach beziehungsweise bei der Sozial- und Jugendbehörde (SJB), das Gros der Leistungsbeziehenden erhält mittlerweile Arbeitslosengeld II. 1.253 Ukrainer*innen sind in den verschiedenen von der SJB angemieteten Unterkünften, wie zum Beispiel dem ehemaligen Schwesternwohnheim der Vidia-Kliniken, Hotels und Appartementshäusern und auch in Akquisewohnungen untergebracht worden. Auch ist eine beachtliche Zahl Geflüchteter in privaten Wohnangeboten untergebracht. Das ehemalige Schwesternwohnheim der Vidia-Kliniken funktioniert als Drehscheibe zur weiteren, anschließenden vorläufigen Unterbringung in den verschiedenen städtischen Wohnangeboten. Die dauerhafte Bettenkapazität ist dort aufgrund der gestiegenen Aufnahmen langfristig auf 240 erhöht worden. Die administrativen Strukturen wurden verstärkt. Insbesondere mit dem Ordnungsamt, respektive der Ausländerbehörde besteht ein enger Organisationsprozess, um die Verwaltungsabläufe noch stärker miteinander zu verzahnen und ein für die Betroffenen und die Verwaltung niederschwelliges Verfahren zu implementieren. Beispielsweise wurde für die neu in Karlsruhe angekommenen Ukrainer*innen die Möglichkeit geschaffen, exklusiv bei der Ausländerbehörde und dem Einwohnermeldeamt sogenannte Slots zur Registrierung und Anmeldung zu buchen, die sehr kurzfristig zur Verfügung stehen. Es bleibt nach wie vor eine vordringliche Aufgabe, stabile und dauerhafte Organisationsstrukturen zu schaffen. Im Mittelpunkt steht dabei die soziale Beratung und Betreuung und die dezentrale Wohnraumversorgung im Stadtgebiet durch die Wohnraumakquise. Sie ist ein wesentlicher Baustein für eine gelingende Integration und Teilhabe der Ukrainer*innen. Hervorzuheben ist, dass ohne die Unterstützung durch die ehrenamtlichen Helfer*innen und Vereine, die privaten Unterstützer*innen und vor allem die Flüchtlingshilfe Karlsruhe diese Aufgabe nicht zu schaffen ist. Die Verwaltung bedankt sich für die außerordentlich gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende: Die Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter und Institutionen hat sehr gut funktioniert. Auch das private Engagement war außergewöhnlich. Ein imponierendes Bündnis zwischen privatem Wohnungsmarkt, Arbeit, Bildung und Teilhabe hat an einem Strang gezogen. In Karlsruhe ist es Tradition, nicht zu erst nach dem Geld zu fragen, das erstattet werden soll, sondern humanitäre Hilfe zu leisten und die Bedarfe zu erfragen. Die geschaffenen Strukturen werden auch in Zukunft gebraucht werden, nach dem Ukraine-Krieg ergeben sich möglicherweise andere Herausforderungen.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der TOP 6 vorgezogen wird.

TOP 6: Evaluation Beratungsstelle „Pflegestützpunkt“
- Vorlage -

Frau Frommherz (SJB): Die SPD-Fraktion hat am 12. November 2021 den Antrag „Beratungsstelle Pflegestützpunkt gut sichtbar in der Innenstadt verorten“ gestellt und nun darf ich Ihnen die Evaluation vorstellen. Der Bedarf und die Zielgruppen des Pflegestützpunktes sind heterogen, das heißt es gibt zum einen die Menschen mit Pflegebedarf, die Beratung anfragen. Diese Gruppe ist meist hochaltrig und hat auf Grund von Erkrankung oder Behinderung Mobilitätsprobleme. Hier ist oftmals ein Hausbesuch angesagt, was auch für eine umfassende Pflegeberatung sinnvoll ist, um bereits einen Einblick ins häusliche Umfeld und in mögliche Bedarfe, wie Barrierefreiheit, zu erhalten. Zum anderen gibt es die Gruppe der pflegenden Angehörigen, die den größten Umfang hat. Hierbei kann man unterscheiden zwischen Ehe- und Lebenspartnern, die teilweise selbst schon unter Einschränkungen leiden, und den anderen Angehörigen wie Kinder oder Enkelkinder, deren Bedarfe an Beratung sich unterscheiden. Mit den Beratungsangeboten in Form von Hausbesuchen oder im Rathaus an der Alb sowie auch telefonisch und online ist der Pflegestützpunkt gut aufgestellt. Die Menschen wurden gut erreicht, was sich auch im Anstieg der Zahlen zeigt. Das Angebot wird stetig weiterentwickelt, so wird ab April 2023 in zwei Stadtteilen - Durlach und Waldstadt - ein Quartierskonzept in Form von 14-tägigen Sprechstunden vor Ort erprobt werden. Hierzu findet gerade die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Quartiersarbeit der beiden Stadtteile statt. Ziel ist es, zu schauen, ob durch die Verankerung im Quartier die Menschen und die Multiplikatoren besser erreicht werden, besonders wenn der Pflegestützpunkt auch ein Gesicht vor Ort hat.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Die SPD ist nicht erstaunt, dass Angehörige und Betroffene vorab telefonisch und per E-Mail informiert werden möchten. Es ist sehr gut, dass die Angebote auch in die Stadtteile gebracht werden. Wünschenswert ist, dies auch auf andere Stadtteile zu übertragen, wenn erkennbar ist, wie die Annahme erfolgt. Es ist jedoch fraglich, ob der Pflegestützpunkt im Rathaus an der Alb für gehbehinderte Menschen gut zu erreichen ist.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Das Rathaus an der Alb ist gut zu erreichen, es gibt notfalls auch Parkplätze vor Ort. Wie kommen Sie auf die Stadtteile Durlach und Waldstadt, da es die meisten hochaltrigen Menschen im Dammerstock gibt?

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Alle Kontakte, die ich im privaten Bereich mit dem Pflegestützpunkt hatte, sind hervorragend gelaufen. Ein Pflegestützpunkt im Quartier war aus persönlicher Erfahrung nicht notwendig, damit ist eine Verankerung im Stadtteil meines Erachtens nicht erforderlich.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Der Gemeinderat hatte beschlossen, dass die über 75-jährigen angeschrieben werden und in diesem Zusammenhang das Angebot für einen Hausbesuch erhalten. Hat dies Auswirkungen auf die Zahl der Anfragen an den Pflegestützpunkt gehabt?

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Weichsel, Vorsitzender des Stadtseniorenrates.

Herr Weichsel (Stadtseniorenrat): Wie viele über 70-Jährige kennen den Pflegestützpunkt? Der Stadtseniorenrat ist der Auffassung, dass der Pflegestützpunkt nicht sichtbar ist oder zumindest zu wenig. Die Menschen interessieren sich nicht für den Fall der Pflegebedürftigkeit, solange selbst keine vorliegt. Der Pflegestützpunkt gehört in die Innenstadt, ferner müsste mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden, und die Menschen sollten mehr über dessen Arbeit informiert werden.

Frau Frommherz (SJB): Bei den Stadtteilangeboten wird begleitend eine Evaluation gemacht, wie die Annahme erfolgt. Die Auswahl der Stadtteile ist nach der vorhandenen Infrastruktur ausgewählt. In Durlach haben wir einen guten Kooperationspartner und in der Waldstadt eine gute Vernetzungsmöglichkeit mit dem Quartiersprojekt. Außerdem gibt es in beiden eine hohe Altersstruktur. Es muss im Rahmen der Evaluation geprüft werden, ob die Angebote angenommen werden und der Bedarf damit getroffen wird. Durch den Karlsruher Hausbesuch kommen keine vermehrten Anfragen. Es wird versucht, den Pflegestützpunkt auf verschiedene Arten bekannt zu machen. Das von Herrn Weichsel benannte Phänomen „was mich nicht betrifft oder sogar Angst macht, das schiebe ich von mir weg“ ist zutreffend und bekannt. Die Menschen kommen erst dann, wenn eine Unterstützung dringend erforderlich ist. Es wird versucht, den Zugang durch Vernetzung mit Multiplikatoren im Quartier zu erleichtern. Durch regelmäßige Vorträge in den Stadtteilen versuchen wir ein Gesicht zu bieten, damit bekannt wird, dass es den Pflegestützpunkt gibt. Eine Statistik darüber, wie viele der über 70-Jährigen den Pflegestützpunkt kennen, gibt es jedoch nicht.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die präventiven Hausbesuche wurden erst im Dezember 2022 begonnen, damit ist der Zeitraum noch zu kurz für entscheidende Ergebnisse. Es gibt immer wieder Veranstaltungen, die auf den Pflegestützpunkt aufmerksam machen.

Herr Klein (SJB): Die Anforderungen an die Pflegefachberatung mit deren Aufgaben sind stark gewachsen. Nur weil Durlach und die Waldstadt herausgesucht wurden, bedeutet das nicht, dass der Pflegestützpunkt nicht in den anderen Stadtteilen vertreten ist. Ziel ist eine quartiersbezogene Beratung. Die Anforderungen der Ratsuchenden sind stark gestiegen. Es ist ein Spagat zwischen den steigenden Anforderungen und den gegebenen Ressourcen.

Der Vorsitzende: Es ist noch lange nicht das Ende erreicht, dieses Thema bewusst zu machen. Informationen zur Veranstaltung Pflegemonitor werden beim Arbeitsausschuss Ältere Generation erfolgen. Dort gab es viele Anregungen, doch das Problem ist der Pflegekräfte-

mangel. Der berufsdemographische Wandel zeigt sich nun in vielen Facetten. Es ist stellenweise nur eine Mangelverwaltung.

Ist mit dieser Informationsvorlage der Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion „Beratungsstelle „Pflegestützpunkt“ gut sichtbar in der Innenstadt verorten“ vom 15.10.2021 erledigt? Der Antrag ist erledigt.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt den Evaluationsbericht zur Kenntnis.

TOP 4 Positionspapier des Runden Tisches Geburtshilfe zur aktuellen Lage der Geburtshilfe in Karlsruhe
- Vorlage -

Der Vorsitzende: Herr Prof. Dr. Müller (Direktor Frauenklinik SKK) ist leider verhindert.

Frau Schöllhorn (SJB): 2.580 Neugeborene durfte die Stadt Karlsruhe im vergangenen Jahr als neue Bürger*innen begrüßen. Sie sind alle untrennbar mit dem Wohl der Mutter verbunden. Es haben viele verschiedene Akteure (zum Beispiel Gynäkolog*innen, Hebammen, Geburtskliniken, Netzwerk Frühe Prävention) gemeinsam an dem vorliegenden Positionspapier Geburtshilfe gearbeitet. Im Bewusstsein, nicht alle Herausforderungen auf kommunaler Ebene lösen zu können, wurde die teils angespannte Situation der Geburtshilfe in Karlsruhe analysiert und Handlungsempfehlungen formuliert. Zudem sind am Runden Tisch Geburtshilfe zwei Unterarbeitsgruppen zu den kommunal verbesserbaren Themen „Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation“ sowie „ambulante, gynäkologische Notfallversorgung“ entstanden. Mit Landesmitteln konnte im städtischen Kinderbüro eine Projektstelle zur Versorgung in der Geburtshilfe eingerichtet werden. Die Projektleitung hat die Tätigkeit bereits aufgenommen. Trotz oder gerade wegen der vor uns liegenden Herausforderungen ist es auch weiterhin das gemeinsame Ziel, von Anfang an gute Geburtshilfe zu leisten und somit das Fundament für ein gesundes Aufwachsen zu legen.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Der Runde Tisch Geburtshilfe ist auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion installiert worden. Es ist toll, dass die verschiedenen Akteure am Runden Tisch teilnehmen, auch die Krankenkassen, und dass die Frauen über die Organisation Motherhood und die Gleichstellungsbeauftragte eine originäre Stimme erhalten. Auch ist es gut, dass ein gemeinsames Papier erstellt wurde. Begrüßenswert ist auch, dass auf Grund des Runden Tisches vom Land eine für ein Jahr befristete Stelle, die für Vernetzung zuständig ist, bewilligt wurde. Geschockt war ich über die unwürdige Situation in Karlsruhe, die ungeschönt dargestellt wurde. In Karlsruhe ist es nicht schlechter bestellt als in anderen Städten. Die Fachleute wie Hebammen und Ärzt*innen geben ihr Bestes, jedoch der Fachkräftemangel ist einfach zu groß und die Geburtshilfe wird seit Jahrzehnten untervergütet. Zitat aus dem Bericht: „Die geburtshilfliche Versorgung ist aktuell nur möglich, da alle beteiligten Professionen täglich über ihre üblichen Kapazitäten hinausgehen.“ Demnach ist es kein Wunder, dass keine Hebammen zu gewinnen sind oder sie wegen Erschöpfung ihren Beruf aufgeben. Frauen werden teilweise mit Wehen abgewiesen und aufgefordert, ein anderes Krankenhaus aufzusuchen. Hier ist die Bundespolitik dringend gefragt. Die GRÜNE-Fraktion schlägt als weiteres Vorgehen für den Runde Tisch Geburtshilfe vor, dass wir mal zur Teilnahme an einer Sitzung eingeladen werden, um von den Beteiligten zu

hören, was auf Landes- und Bundesebene zu tun ist. Ferner wird dafür plädiert, dass die Patientinnenrechte gestärkt und auf der Homepage dargestellt werden. Es ist wünschenswert, dass der Runde Tisch die Situation weiterhin so ehrlich schildert und einen Maßnahmenkatalog erstellt. Es muss auch noch darum gehen, ein hebammengeführtes Geburtshaus in Karlsruhe zu errichten.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wagner, Vorsitzende des Hebammenverbandes Baden-Württemberg.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt das Positionspapier des Runden Tisches Geburtshilfe zur Kenntnis.

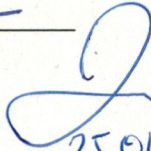
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 24. März 2023

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



25.04.23



Carmen Edler
Schriftführerin